



## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

---

Sitzungsdatum:	Mittwoch, 21.04.2021
Beginn:	17:00 Uhr
Ende	21:10 Uhr
Ort:	Großer Sitzungssaal des Landratsamtes

---

### Lfd. Nr. 33

#### **Stadtratsmitglied Johannes Oswald; Feststellungsbeschluss zur Amtsniederlegung und Entscheidung über die Listennachfolge**

##### **Sachverhalt:**

Stadtrat Oswald hat am 07.04.2021 mitgeteilt, dass er sein Stadtratsamt niederlegt.

##### **Beschluss**

**Ja 20 Nein 0**

Die Niederlegung des Stadtratsmandats durch Johannes Oswald wird gem. Art. 48 Abs. 3 Satz 2 GLKrWG festgestellt.

Listennachfolger aus dem Wahlvorschlag „Liberale Miltenberger“ sind – in dieser Reihenfolge - ∴

1. Dr. Julia Mannherz
2. Martin Heim
3. Ute Geider

### Lfd. Nr. 34

#### **Jugendzentrum Mainzer Straße, Konzept zum Betrieb des Jugendzentrums**

##### **Sachverhalt:**

Am 18.11.2020 wurde bereits ein Konzeptentwurf dem Stadtrat vorgestellt. Mittlerweile wurden die neuen Räumlichkeiten durch die Caritas besichtigt und der Entwurf wurde entsprechend angepasst.

## Beschluss

Ja 20 Nein 0

Der Stadtrat stimmt dem als Anlage (Anlage 1 zu diesem Protokoll) beigefügten Konzept zum Betrieb des Jugendzentrums am Mainzer Tor zu.

### Lfd. Nr. 35

#### **Änderung des Bebauungsplanes "Mainzer Straße" (Änderungsverfahren "Wohnen am Fluss" - "Einkaufen in der Stadt")**

##### Sachverhalt:

Seit 21.02.2018 laufen die beiden Parallel-Verfahren zur Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes „Mainzer Straße“. Ziel des vorhabenbezogenen Änderungsverfahrens 1 „Einkaufen in der Stadt“ ist die Ausweisung eines Sondergebietes mit den Nutzungen „Handel, Dienstleistungen und Wohnen“. Änderungsverfahren 2 „Wohnen am Fluss“ beabsichtigt die Ausweisung eines Sondergebietes mit den Schwerpunktnutzungen „Hotel“ und „Wohnen“.

Am 29.01.2020 hat der Stadtrat beschlossen, die Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung der Planentwürfe eingegangenen Stellungnahmen – die Verwaltung hatte eine umfangreiche Beschlussvorlage ausgearbeitet – zurückzustellen und dem im März 2020 neu gewählten Stadtrat zu überlassen.

Zwischenzeitlich ist offensichtlich, dass die bisherigen Ziele der Änderungsplanung im neuen Stadtrat keine Mehrheiten finden werden. Dies gilt insbesondere für die vorgesehene Handelsnutzung. Es ist deshalb zu prüfen, ob es konsensfähige Nutzungsvorgaben gibt, mit denen das Änderungsverfahren weitergeführt werden könnte.

Während der Beratung erklärt Stadtrat Dr. Küster, er habe zwischenzeitlich seine Auffassung zur Frage der weiteren Zusammenarbeit mit Activ Group geändert und plädiere für eine klare Zäsur. Von Seiten der Verwaltung wird erwidert, dass damit aber vertragliche Regelungen betroffen seien, die man nichtöffentlich behandeln müsse. Der entsprechende Antrag zur Geschäftsordnung wird einstimmig gebilligt.

## Beschluss

Ja 20 Nein 0

Der Stadtrat lehnt das Konzept des Märktezentrums, wie es bisher geplant war, ab. Denn es ist schädlich für die Innenstadt und selbst nicht langfristig profitabel zu betreiben. Wir wollen daher die Bebauung des gesamten Gebiets gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und Gewerbetreibenden von Grund auf neu planen. Wir wollen darüber nachdenken, ob und wie das Gelände für Wohnen, Naherholung, Hotelbetrieb sowie in kleinem Rahmen für örtlichen Handel und Gastronomie genutzt werden kann. Wir wollen ausloten, ob und für welche Teile wir Bildungseinrichtungen wie Hochschulen gewinnen können. Und wir wollen offen sein auch für neue Ideen aus der Bürgerschaft.

Daher rufen wir schon jetzt alle Interessierten auf, ihre Vorstellungen, Ziele und Ideen öffentlich zu machen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Angebote von geeigneten Fachleuten einzuholen, die mit uns Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung organisieren, die auch unter Corona-Bedingungen funktioniert.

### Lfd. Nr. 36

## **Bericht über Beteiligung an Unternehmen in Privatrechtsform (Beteiligungsberichte 2018 und 2019)**

### **Sachverhalt:**

Die Gemeindeordnung lässt unter bestimmten Voraussetzungen zu, dass gemeindliche Unternehmen in Privatrechtsform geführt werden oder dass sich Kommunen an Unternehmen in Privatrechtsform beteiligen. Für alle Beteiligungen der Kommune mit mindestens 5 v.H. der Anteile eines Unternehmens ist jährlich dieser Bericht zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht wird außerdem in Kürze zur allgemeinen Einsicht ausgelegt.

### **Zur Kenntnis genommen**

<b>Lfd. Nr. 37</b>
--------------------

## **Antrag auf Änderung des Bebauungsplans "Mainzer Straße" mit dem Ziel einen Wohnmobilstellplatz am Edeka Markt zu errichten**

### **Sachverhalt:**

Der Beschlussvorlage ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler vertreten durch Herrn Stadtrat Heimberger beigefügt.

Die Verwaltung verweist auf folgenden Beschluss des Stadtrates vom 25.02.2021:

*„Im Bereich des Campingplatzes und an der Mainzer Straße wird der Schaffung von provisorischen Wohnmobilstellplätzen zugestimmt. Der Standort Campingplatz wird überprüft wie er baurechtlich als dauerhafter Wohnmobilstellplatz betrieben werden kann. Der Bereich am Edeka Markt wird als möglicher dauerhafter Standort einer Wohnmobilstellplatzanlage definiert, wobei hierbei die weitere Nutzung des Gebietes der Mainzer Straße zu berücksichtigen ist. Darüber hinaus wird die Verwaltung damit beauftragt den Standort am Edeka baurechtlich als dauerhaften Wohnmobilstellplatz zu prüfen. Ebenso wird angeregt einen Zugang zu einem Frischwasseranschluss für die Wohnmobilsten z. B. am Bahnhof zu ermöglichen.“*

Aus Sicht der Verwaltung sollte man an diesen Beschluss festhalten und die weitere Nutzung des Gebietes Mainzer Straße abwarten.

### **Beschluss**

**Ja 10 Nein 10**

Es wird eine Bebauungsplanergänzung „Mainzer Straße“ durchgeführt, mit dem Ziel einen Wohnmobilstellplatz am EDEKA Markt zu errichten.

(Der Antrag ist wegen Stimmengleichheit abgelehnt vgl. § 31 Abs. 5 Satz 2 GeschO i. V. mit Art. 51 Abs. 1 Satz 2 GO)

<b>Lfd. Nr. 38</b>
--------------------

## **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Der Öffentlichkeit wird aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrats vom 25.03.2021 folgender Tagesordnungspunkt bekanntgegeben:

- **Herstellung einer barrierefreien Bahnunterführung; Abschluss Realisierungs- und Finanzierungsvertrag mit der Westfrankenbahn**

*Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Realisierungs- und Finanzierungsvertrag zur Herstellung der Barrierefreiheit des Bahnhofes Miltenberg zwischen der Stadt Miltenberg und der Westfrankenbahn zu unterzeichnen. Voraussetzung hierfür ist die abschließende Abstimmung zwischen der Stadt Miltenberg und der Regierung von Unterfranken bzgl. der Förderung im Rahmen des KIP Programmes.*